

Thorsten Mense, Judith Goetz (Hg.)

Rechts, wo die Mitte ist

Die AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus

UNRAST

Stefan Dietl

Gewerkschaften im Visier der AfD

Am 22. September 2013 stellte sich die AfD erstmals zur Wahl – und verpasste den Einzug in den Bundestag. Einmal mehr schien der Versuch, eine Partei rechts von Union und FDP parlamentarisch zu verankern, gescheitert.

Nur zehn Jahre später ist die AfD nicht nur im Deutschen Bundestag vertreten, sondern auch in fast allen Landtagen, zahlreichen Kommunalparlamenten und im Europaparlament. Sie erobert Direktmandate, stellt Landräte und Bürgermeister und in mehreren Bundesländern ist sie laut aktuellen Umfragen (Stand März 2024) auf dem Weg zur stärksten Kraft.

Ihren kompetentem Aufstieg verdankte die AfD der Veränderung ihrer Wähler*innenbasis. Als Professor*innenpartei gestartet, gelang es ihr in den vergangenen Jahren in weite Teile der Arbeiter*innenklasse vorzudringen. Dass sich die AfD damit jedoch nicht zufriedengibt, haben führende Parteifunktionär*innen mehrmals deutlich gemacht. Über die verschiedenen Strömungen hinweg herrscht in der AfD Einigkeit über das Ziel, sich als ›Volkspartei‹ zu etablieren und über kurz oder lang eine Regierungsbeteiligung anzustreben. Erreichen kann sie dieses Ziel jedoch nur durch weitere Stimmengewinne in der Arbeiter*innenschaft. Im Weg stehen ihr dabei die Gewerkschaften als unabhängige Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten – auch, aber nicht nur, weil die sich immer wieder deutlich gegen die AfD positionieren.

Feldzug gegen unabhängige Gewerkschaften

Immer vehementer nimmt die AfD die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) ins Visier ihrer Propaganda, wie sich an zahlreichen Beispielen zeigen lässt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di erklärt die AfD beispielsweise zur »Heimat für Linksextremisten«, und zum »Steigbügelhalter der Asyl-Lobby«¹, die IG Metall zur »Exe-

1 o.A. (2017): Gewerkschaft ver.di als Steigbügelhalter der Asyl-Lobby. <https://afd-kompakt.de/2017/11/08/gewerkschaft-ver-di-als-steigbuegelhalter-der-asyl-lobby/>

kutive linker Ideologien« und deren Seminare zur Demokratiebildung zum »Instrument zur politischen Umerziehung, wie wir sie nur aus Nordkorea oder aus der alten DDR kennen«². Aufgrund ihrer klaren Haltung gegen Rassismus werden die Gewerkschaften zudem zu »Handlangern der Asylindustrie«³ erklärt. Insbesondere in sozialen Medien sehen sich die Gewerkschaften immer wieder dem Vorwurf der »bolschewistischen Propaganda« oder der »Veruntreuung von Arbeitergeldern«⁴ ausgesetzt. Die bayerische AfD fordert in einer Pressemitteilung gar die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz. Die AfD in Nordrhein-Westfalen ruft unter dem Titel »Handlungshilfe für den Umgang mit verfassungsfeindlichen Gewerkschaften« zum Austritt auf und zitiert zustimmend einen Beitrag des rechten Nachrichtenportals *Tichys Einblick*, in dem es über ver.di heißt: »ver.di verlässt den Boden der Verfassung, des eigenen Gewerkschaftsauftrags und den Rahmen der politischen Kultur westlicher Gesellschaften.«⁵ Die stellvertretende AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Beatrix von Storch nannte ver.di 2017 eine »offizielle Verbrecherorganisation. Eine Gefahr für die Demokratie. Verfassungsfeinde!«⁶.

Gleichzeitig agiert die Partei lautstark gegen Streiks. So bezeichnete der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Hannoverschen Stadtrat, Sören Hauptstein, die Arbeitsniederlegungen im Zuge der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes 2020 als »unverschämt, unanständig und unverantwortlich« und wandte sich gegen Lohnerhöhungen »für ohnehin schon privilegierte Beschäftigte, die auf sicheren Arbeitsplätzen sitzen«. Die Arbeitsniederlegungen seien »nichts anderes als ein Streik gegen die Bürger« und dürften

- 2 Witt, Uwe (2019): Das merkwürdige Demokratieverständnis der Gewerkschaften. Pressemitteilung vom 14.08.2019. <https://afdbundestag.de/witt-das-merkwuerdigedemokratieverstaendnis-der-gewerkschaften/>
- 3 AfD Bayern (2018): DGB – Gewerkschaften als Handlanger der Asylindustrie! <https://www.facebook.com/photo/?fbid=1611459425638318&set=a.372329349551338>
- 4 Eifler, Ulrike (2018): »Werden die AfD im DGB-Haus nicht dulden«. Interview in Junge Welt, 23.07.2018. <https://www.jungewelt.de/artikel/336438.werden-die-afd-im-dgb-haus-nicht-dulden.html>
- 5 AfD NRW (2017): Handlungshilfe für den Umgang mit verfassungsfeindlichen Gewerkschaften. <https://afd.nrw/aktuelles/2017/03/handlungshilfe-fuer-den-umgang-mit-verfassungsfeindlichen-gewerkschaften/>
- 6 Storch, Beatrix (2017). https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/845183973756039169?lang=de

nicht belohnt werden.⁷ Einen 18-stündigen Streik für die Erhöhung der Löhne des Flughafen-Sicherheitspersonals an acht deutschen Flughäfen verurteilte die Partei als »Geiselnahme von tausenden Passagieren«⁸. Zahlreiche AfD-Funktionär*innen rufen außerdem dazu auf, aus der parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft aus-, und in die parteipolitischen Arbeitnehmer*innenorganisationen der AfD einzutreten.

Gewerkschaftsfeindliche Betriebsratslisten

Selbst in ihrem ureigensten Feld – der betrieblichen Interessenvertretung – versucht die AfD die Gewerkschaften zu attackieren. Bei den Betriebsratswahlen 2018 sahen sich die Gewerkschaften des DGB einer abgestimmten rechten Kampagne ausgesetzt. Als Bündnis bestehend aus Teilen der AfD, der Initiative *Ein Prozent* und dem Magazin *Compact* trat der Verein *Zentrum Automobil* in mehreren Betrieben mit eigenen »alternativen« Betriebsratslisten zur Wahl der Interessenvertretungen an. Auf einer Konferenz der extrem rechten Zeitschrift *Compact* in Leipzig wurden die Pläne Ende November 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anwesend waren prominente Wortführer der extremen Rechten. Neben dem *Compact*-Herausgeber Jürgen Elsässer versammelten sich dort unter anderem der *Pegida*-Gründer Lutz Bachmann, der Anführer der *Identitären Bewegung Österreich*, Martin Sellner, Philip Stein von der rechten Initiative *Ein Prozent* und Björn Höcke von der AfD.

Eine Schlüsselrolle beim Versuch der extremen Rechten, sich auch betrieblich zu verankern, spielt Oliver Hilburger. Der ehemalige Gitarrist der Neonaziband *Noie Werte*, dessen Musik sich auch in den Bekennervideos der NSU-Terrorist*innen findet, gründete 2009 die Liste *Zentrum Automobil* und vertritt diese bei Daimler Untertürkheim seit 2010 im Betriebsrat. Zuvor war er bereits in der gelben Gewerkschaft *Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)* aktiv. Bei der Betriebsratswahl 2014 konnte *Zentrum Automobil* in Untertürkheim vier Sitze für sich gewinnen.

7 Hauptstein, Sören (2020): Dieser Streik ist unverschämt, unanständig, unverantwortlich! <https://www.afd-fraktion-hannover.de/288-dieser-streik-ist-unverschaeamt-unanstaendig-unverantwortlich>

8 AfD (2019b): Pressemitteilung des AfD-Bundesvorstandes vom 19. Januar 2019. <https://afdbundestag.de/witt-verdi-foltert-flugpassagiere-fuer-unsere-sicherheit-qualifizieren-statt-niedriglohn/>

Durch die abgestimmte Kampagne sollte *Zentrum Automobil* bundesweit etabliert werden. Nicht nur an verschiedenen Daimler-Standorten, auch in möglichst vielen anderen Betrieben, wollte man mit eigenen Listen den DGB-Gewerkschaften Konkurrenz machen. Das Ziel wurde klar formuliert: Die AfD ist der parlamentarische Arm der Neuen Rechten, *Zentrum Automobil* soll derjenige in den Betrieben sein. »Alle Räder stehen still, wenn mein blauer Arm es will«, so Jürgen Elsässer auf der Leipziger Konferenz.

Allen Anstrengungen zum Trotz blieb der Erfolg der alternativen Betriebsratslisten aus. Vielerorts scheiterte der Versuch, überhaupt genug Kandidat*innen für eine eigene Liste zu finden. Dort wo es gelang, schnitt man deutlich schlechter ab als erhofft. Vom 78.000 Betriebsratsmandaten im Organisationsbereich der IG Metall – gegen die sich die Kampagne vor allem richtete – errang man gerade einmal 19. In Untertürkheim konnte sich *Zentrum Automobil* zwar auf sechs Sitze im 47-köpfigen Betriebsrat verbessern, jedoch nicht auf Kosten der IG Metall, die ebenfalls an Sitzen zulegen konnte. Trotz des ausbleibenden Zuspruchs erzielten die rechten Listen aber eine hohe mediale Aufmerksamkeit und so setzten sie ihre Bemühungen auch bei den Betriebsratswahlen 2022 fort.

Volksgemeinschaft statt Gewerkschaften

Schon sei deren Entstehung setzt sich der DGB kritisch mit der AfD auseinander und positionierte sich von Anfang an nicht nur gegen die neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung, sondern auch gegen den Rassismus der Partei.

Als schlichte Reaktion auf das antifaschistische Grundverständnis des DGB lassen sich die Diskreditierung der Gewerkschaften als vermeintliche »Volksverräter« sowie die Versuche, alternative Betriebsratslisten zu etablieren, jedoch nicht deuten. Im Fadenkreuz der AfD und ihrer Verbündeten steht vielmehr das Organisationsprinzip der Gewerkschaften selbst. Die Gewerkschaften des DGB verstehen sich – auch wenn es ihnen nicht immer gelingt, diesen Anspruch in die Tat umzusetzen – als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten in diesem Land, unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder anderen Zuschreibungen. Einzige Voraussetzung und relevantes Kriterium für die Gewerkschaften ist der Wille, sich zur kollektiven Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zusammenzuschließen.

Diese gewerkschaftliche Leitidee steht dem von der AfD propagierten völkischen Nationalismus diametral und unversöhnlich gegenüber. Im völkisch-nationalen Denken gilt die eigene Stellung in der Gesellschaft als naturgegeben und ist zu akzeptieren. Der Einzelne hat sich vollständig dem großen Ganzen – der über Abstammung definierten Volksgemeinschaft – unterzuordnen. Alle haben >an einem Strang zu ziehen< zum Wohle der Nation und gegen die inneren und äußeren Feind*innen der Volksgemeinschaft.

Gesellschaftliche Gegensätze wie der zwischen Kapital und Arbeit werden im völkischen Denken aufgelöst. Für die AfD – wie auch für völkisch-nationalistische Bewegungen insgesamt – gibt es keinen Klassenwiderspruch oder widerstreitende Interessen. Für sie zählt einzig die Nation. Die Verfolgung gruppenspezifischer Interessen – wie die der Lohnabhängigen – gilt als die Volksgemeinschaft zersetzend und schädlich.

Dass es jedoch eine unabhängige Interessenvertretung der Lohnabhängigen überhaupt braucht, beweist, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf im Widerspruch stehenden Interessen basiert. Auf der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Die schiere Existenz der Gewerkschaften widerlegt die propagierte Auflösung aller Gegensätze in der Volksgemeinschaft und die Behauptung einer Übereinstimmung der Interessen von Unternehmen und Arbeitenden – und entlarvt damit den Kerngedanken des völkischen Nationalismus als offensichtliche Lüge.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften stand deshalb immer ganz oben auf der Agenda autoritärer, rechter Regime und Bewegungen und auch die Angriffe der AfD zielen letztlich auf das Ende jeglicher unabhängigen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten.

Literaturverzeichnis

- Becker, Karina / Dörre, Klaus / Reif-Spirek, Peter (Hg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/New York: Campus.
- Der Rechte Rand (2018): Angriff von rechts. Gewerkschaften und Betriebsräte im Fokus der extremen Rechten. *Der Rechte Rand, Heft 171, 29. Jg, März/April 2018.*
- Dietl, Stefan (2017): Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und >völkischem Antikapitalismus<. Münster: Unrast.

- Dietl, Stefan (2020): Gewerkschaften im Visier von AfD und Co. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Demokratie verteidigen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/02/210115_AAS_AFD_Broschuerde_Digital_96dpi.pdf
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Endstation Rechts (2018): Rechte Gewerkschaftskampagne: Mehr Schein als Sein. <https://www.endstation-rechts.de/news/rechte-gewerkschaftskampagne-mehr-schein-als-sein>
- Greef, Samuel / Schröder, Wolfgang, / Ten Elsen, Jennifer / Heller, Lukas (2019): Rechtspopulistische Aktivitäten in betrieblichen Kontexten und gewerkschaftliche Reaktionen. In: WSI Mitteilungen 3/2019, S. 185–192.
- Häusler Alexander (2018): Völkisch-autoritärer Populismus: Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg: VSA-Verlag.
- Riebe, Jan / Schröder, Matthias (2022): Herbe Schlappe für rechte Listen bei Betriebsratswahlen. *Belltower.News* <https://www.belltower.news/rechtsausen-gewerkschaften-herbe-schlappe-fuer-rechte-listen-bei-betriebsratswahlen-133205/>